

## ■ Berlin und der Ukraine-Konflikt

# Längst Kriegspartei

Von Wiebke Diehl

Überraschend kommt die Einschätzung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags keinesfalls. Sie bestätigt nur noch einmal schwarz auf weiß, was die politischen Entscheidungsträger auf Teufel komm raus zu verbergen suchen: Nicht nur gibt es deutlich mehr völkerrechtliche Grauzonen, als die »Völkerrechtlerin« Annalena Baerbock zugeben will. Nein, die Bundesregierung und der Bundestag haben Deutschland längst zur Kriegspartei gemacht – Ausgang völlig ungewiss.

Dumm ist Baerbock allerdings nicht, oder zumindest wird sie gut beraten: So betont die Bundesaußenministerin gebetsmühlenartig und durchaus in Übereinstimmung mit den Wissenschaftlichen Diensten, die Lieferung von Waffen – auch schwerer oder »offensiver« – sei völkerrechtlich nicht als Kriegseintritt zu werten, weil dadurch das völkerrechtlich verbrieftete Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung unterstützt werde. Die Ausbildung ukrainischer Soldaten, mit der die Schwelle zweifellos überschritten wird, hingegen spart sie geflissentlich aus.

Ohnehin beißt sich die Katze in den Schwanz: Denn selbst wenn man sich der Annahme anschließen wollte, die Lieferung schwerer Waffen in ein Kriegsgebiet sei rechtlich unproblematisch, so ist sie ganz sicher nicht in Einklang zu bringen mit einer von den Grünen postulierten »wertebasierten« Außenpolitik. Und schon gar nicht mit dem von Bundeskanzler Olaf Scholz angeführten Amtseid und

seinem Versprechen, »alles« zu tun, »um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem dritten Weltkrieg« und einem Atomkrieg führen könnte – was er dann nur 72 Stunden später mit einem Kotau vor grünen und liberalen Bellizisten ad acta legte. Vor allem aber ist es, anders als von Baerbock behauptet, eben nicht eine rein willkürliche Entscheidung Putins, wann Deutschland von Moskau als Kriegspartei eingestuft wird. Vielmehr entscheiden über eine Überschreitung der Schwelle zum Kriegseintritt völkerrechtliche Kategorien – und vor allem die ansehend unerschöpfliche Bereitschaft der NATO zu eskalieren, bis es zu spät ist.

Dem russischen Präsidenten dürfe kein Motiv für eine Ausweitung des Krieges auf Europa, ja auf die ganze Welt, geliefert werden, fordern 28 Prominente in ihrem offenen Brief an Olaf Scholz, den inzwischen fast 160.000 Menschen unterzeichnet haben. Gewarnt wird darin, dem Irrtum aufzusitzen, die »Verantwortung für die Gefahr einer Eskalation zum atomaren Konflikt« gehe »allein den ursprünglichen Aggressoren« an »und nicht auch diejenigen, die ihm sehenden Auges ein Motiv zu einem gegebenenfalls verbrecherischen Handeln liefern«.

Spätestens seit Putin und sein Außenminister Lawrow verdeutlicht haben, dass sie die Lieferung schwerer Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen als Kriegseintritt werten, hilft auch Baerbocks Wortklauberi nicht mehr. Denn eskaliert wird längst, und zwar »sehenden Auges«.

## ■ Revoluzzer des Tages

# Carsten Schatz



Auf der Maikundgebung des DGB in Berlin sah sich die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) mit lautstarkem Unmut konfrontiert. Hintergrund war die Weigerung der Immobilienlobbyistin, die von mehr als einer Million Berlinern per Volksentscheid beschlossene Forderung nach Vergesellschaftung der großen Wohnungskonzerne umzusetzen. Als die Bürgermeisterin dann noch der Polizei für ihren Einsatz dankte, kam ein Ei aus der Menge geflogen, und sie brach ihre Rede ab.

Eifertig sprang ihr die Koalitionspartnerin bei. »Ein Eierwurf ist keine Kritik, sondern ein entwürdigender körperlicher Angriff, der demütigen soll. Für mich keine politische Auseinandersetzung«, schrieb der Linke-Fraktionsvorsitzende Carsten Schatz am Sonntagabend in einem

von seiner Fraktion geteilten Tweet. »Dafür noch eine Va. des DGB zu kapern, ist respektlos vor den Kämpfern der Arbeitenden.« Nicht respektlos vor den Arbeitenden ist für den Linke-Politiker offensichtlich der auf dessen Beerdigung durch eine Expertenkommission setzende Umgang des »rot-grün-roten« Berliner Senats mit dem klaren Votum des Volksentscheids.

Auf seinem Twitter-Account kokettiert der frühere Hausbesetzer sowie langjährige PDS- und Linke-Funktionär Schatz mit einem T-Shirt mit der roten Aufschrift »The Revolution Is My Boyfriend«. Solche Typen muss der Anarchist Erich Mühsam vor Augen gehabt haben, als er 1907 sein der deutschen Sozialdemokratie gewidmetes Gedicht »Der Revoluzzer« verfasste. Darin schritt der »Revoluzzer, im Zivilstand Lampenputzer«, mit den Revoluzzern mit und kam sich höchst gefährlich vor. Doch die Revoluzzer rüpften trotz des Gezeters des Lampenputzers die Gaslaternen, die er sonst putzte, »zwecks des Barrikadenbaus« aus dem Straßenpflaster aus. »Dann ist er zu Haus geblieben / Und hat dort ein Buch geschrieben: / Nämlich wie man revoluzt / Und dabei noch Lampen putzt«.

Nick Brauns

# »Sie werden eine zentrale Rolle spielen«

Hamburg: Gedenkfeier zu KZ-Befreiung vor 77 Jahren mit Überlebenden und Stimmen gegen Krieg. Gespräch mit Detlef Garbe

In der Hamburger Morgenpost hat die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka Ihre Stiftung attackiert. Sie hätten weder Taktgefühl noch Einfühlungsvermögen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gezeigt. Worum geht es?

Es geht um die Gedenkfeier anlässlich des 77. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung der Konzentrationslager. An diesem Dienstag um 17 Uhr erinnern die KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die Amicale Internationale KZ-Neuengamme, AIN, an den Jahrestag der Befreiung. In diesem Jahr werden Hunderte internationale Gäste erwartet, darunter einige ehemalige KZ-Häftlinge aus Israel, den USA und Deutschland und viele Familienangehörige aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Spanien, Polen und anderen Ländern, auch aus der Ukraine. Stadtentwicklungsensatorin Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort. Reden werden auch die Überlebenden Helga Melmed sowie Jean-Michel Clère, der Präsident der französischen Amicale.

Und was schreibt die Generalkonsulin in ihrem offenen Brief?

Sie hat begrüßt, dass wir wegen des Kriegs in der Ukraine keine offiziellen Vertreter aus Russland und Belarus eingeladen haben, kritisiert aber, dass das Programm der Gedenkfeier auch einen Beitrag mit »Stimmen aus der ukrainischen/russischen Zivilgesellschaft« vorgesehen hat.

Ihre Stiftung hat erklärt, im Morgenpost-Beitrag seien Umstände nicht korrekt dargestellt worden.

Ja. Es heißt da etwa, das Programm der Gedenkfeier sei wegen des Protestes der Konsulin geändert worden. Das ist unzutreffend. Das geplante Programm



MARK WILHELMUS, ATTILIORE PHOTOGRAPHY

Detlef Garbe leitet die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen

entspricht dem bereits seit Wochen im Internet, in den verschickten Einladungskarten und im Programmheft angekündigten Ablauf. Unzutreffend ist auch, dass die Ausladungen der konsularischen Vertretungen eine Reaktion auf den Protest seien: Die Stiftung hatte bereits in einem am 5. April gemeinsam mit der AIN abgefassten Schreiben den Botschaften der Russischen Föderation und von Belarus sowie den entsprechenden konsularischen Vertretungen mitgeteilt, dass Repräsentanten aus diesen beiden Staaten aufgrund der Führung respektive Billigung eines Angriffskriegs und weiterer Verletzungen des Völkerrechts bei den Gedenkveranstaltungen nicht willkommen sind. Einladungen waren nicht verschickt worden, insofern erfolgte also auch keine Ausladung. Das Schreiben des ukrainischen Generalkonsulats, das zeitgleich als offener Brief veröffentlicht wurde, datiert vom 19. April, es kann also kein Auslöser für unser Schreiben an die Botschaften der Russischen Föderation und von Belarus gewesen sein.

Wer sind denn die Stimmen aus der »russischen Zivilgesellschaft«, die die Generalkonsulin stören?

Es werden bei der Feier Stimmen aus der Ukraine, aber auch den Krieg ablehnende Voten aus Russland und Belarus verlesen. Nach dem Schreiben des ukrainischen Generalkonsulats haben wir die zu diesem Programmpunkt missverständliche Formulierung verändert und im Kontakt zum Konsulat weitere über Planung und Ablauf der Veranstaltung bestehende Unklarheiten ausgeräumt.

Tybinka fragte rhetorisch, ob es sich bei der russischen Zivilgesellschaft um jene handle, die in einer Umfrage »zu 81 Prozent Freude, Stolz und Zufriedenheit über Putins Politik gegenüber der Ukraine empfand«. Um die, »deren Vertreter ukrainische Kinder und Frauen mit besonderem Vergnügen vergewaltigen, foltern und töten«. Was sagen Sie dazu?

Diese Äußerung möchte ich nicht kommentieren. Nur soviel: Wir sind genauso fassungslos über den Angriffskrieg und die an der ukrainischen Bevölkerung verübten Verbrechen. Wenn offizielle Regierungsvertreter aus Russland und Belarus bei den Gedenkveranstaltungen nicht willkommen sind, heißt dies nicht, dass KZ-Opfer aus diesen Ländern nicht geehrt würden, ganz im Gegenteil: Sie werden eine zentrale Rolle spielen. Zudem werden wir explizit daran erinnern, dass die ehemalige Sowjetunion neben Polen die Hauptlast des deutschen Raub- und Vernichtungskrieges getragen hat und dass es maßgeblich auch der Roten Armee zu verdanken ist, dass Deutschland und Europa von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit wurden.

Interview: Kristian Stemmler

## ■ Abgeschrieben

Das Aktionsbündnis »Rheinmetall entrüsten!« mobilisiert in einer am Montag veröffentlichten Mitteilung zu Protesten während der Hauptversammlung des Waffenkonzerns:

Anlässlich der Hauptversammlung von Rheinmetall am 10. Mai 2022 ruft ein Bündnis friedenspolitischer Gruppen und Personen zur Protestaktion gegen den Rüstungskonzern auf. Im Rahmen einer Mahnwache und Kundgebung um »fünf vor zwölf« vor der Konzernzentrale in Düsseldorf sollen die Rüstungsproduktion und die Waffenexportpolitik von Rheinmetall kritisiert und eine Umstellung auf zivile Produkte angemahnt werden. Von den politisch Verantwortlichen wird ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz gefordert, das auch die Schlupflöcher für Waffenexporte über Tochterfirmen stoppen soll und sämtliche Waffenlieferungen in Kriegsgebiete verbietet. Aktuell liefert Rheinmetall über sein Werk in Südafrika weiterhin Waffen und Munition an am Jemen-Krieg beteiligte Staaten.

Rheinmetall wird auch von der 100-Milliarden-Aufrüstungsankündigung des Bundeskanzlers massiv profitieren und hat nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden bereits entsprechende Projektangebote im Wert von

42 Milliarden unterbreitet. Der Konzern will 142,9 Millionen Euro an Blutprämie aus den Gewinnen ausschütten. Das Bündnis »Rheinmetall entrüsten!« ruft die Aktionärinnen und Aktionäre auf, ihre »blutgetränkten Aktien« zurückzugeben und statt auf weitere Kriege auf zivile Alternativen zu setzen.

An der von der Pax-Christi-Gruppe Bonn koordinierten Aktion beteiligen sich u. a. die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) und das Netzwerk Friedenskooperative. Bei der Kundgebung werden Vertreter der genannten Organisationen sprechen. Die Attrappe einer Rheinmetall-Bombe, eine Rheinmetall-Blutaktie, Transparente und eine sogenannte Geldsegnaktion werden die Proteste symbolisch unterstreichen.

Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagedelen (Die Linke) forderte anlässlich des internationalen Tages der Pressefreiheit am 3. Mai die Freilassung von Julian Assange:

Der Internationale Tag der Pressefreiheit erinnert daran, wie wichtig freie und unabhängige Berichterstattung ist und wie groß die Gefahr für

Journalisten, für ihre Arbeit verfolgt, misshandelt und getötet zu werden. Es ist eine Schande, dass der Dissident des Westens, Julian Assange, seit elf Jahren seiner Freiheit beraubt und seit drei Jahren im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftiert ist, einzig um seine Auslieferung an die USA sicherzustellen, wo ihm wegen der Enthüllung von US-Kriegsverbrechen 175 Jahre Haft drohen. Die Ampelregierung muss sich für die sofortige Freilassung von Assange einsetzen und ihm politisches Asyl in Deutschland anbieten. (...)

Die fortgesetzte Inhaftierung durch Großbritannien und die politische Verfolgung des Journalisten und WikiLeaks-Gründers Assange durch die US-Regierung sind ein verbrecherischer Akt und ein beispielloser Angriff auf die Pressefreiheit. Assange hat kein Verbrechen begangen, sondern schweres Unrecht aufgedeckt. Als mutiger investigativer Journalist steht er für die Freiheit des Wortes, für die Freiheit der Presse und die Freiheit von uns allen schlechthin. Die Ampelregierung muss ihr skandalöses Schweigen zu diesem Fall beenden oder beim Thema Pressefreiheit und Menschenrechte künftig besser schweigen.